

Nr. 02/2018

Juni 2018

Inhalt

- **Europäischer Datenschutz**
- **EU-Recht aktuell**
 - **Vorschlag für Finanzrahmen 2021-2027**
 - **EU-Förderprogrammorschläge 2021-2027**
- **Fördermittelratgeber**
 - **Hier lohnen sich EFRE-Förderanträge**
- **Nachrichten und Termine**
 - **Initiative DiscoverEU**
 - **SAVE THE DATE**

Europäischer Datenschutz

Liebe Leserinnen und Leser,
auch wir reißen uns ein in den Kanon der vielen Newsletter-Versender, die Sie auf die neue EU-DSGVO hinweisen. Sie erhalten unseren Newsletter, weil Sie Ihr Interesse an einem Bezug erklärt und uns Ihre Mailadresse dafür übermittelt haben. Ihre Daten werden selbstverständlich nur für diesen Zweck verwandt, da wir den Schutz Ihrer Daten sehr ernst nehmen. Bei Bedarf übersenden wir Ihnen gern unsere umfangreichen Datenschutzbestimmungen. Sollten Sie also nicht mehr an einem Bezug des Newsletters interessiert sein, reicht eine kurze Mail an Europa@region-hannover.de aus, um mit Wirkung für die Zukunft aus der Versandliste gestrichen zu werden. Dann erhalten Sie aber keine aktuellen Berichte mehr zu Förderprogrammen, Förderaufrufen und neuen EuGH-Urteilen.

EU-Recht aktuell

Europäische Kommission veröffentlicht Vorschlag zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021 - 2027

Anfang Mai hat die Europäische Union unter dem Titel „Ein moderner Haushalt für eine Union, die schützt, stärkt und verteidigt“ den Entwurf für den kommenden Mehrjährigen Finanzrahmen für die Zeit ab 21. Januar 2021 veröffentlicht. Der nächste MFR wird der erste Haushalt für die Europäische Union der 27 sein. Die durch den Austritt Großbritanniens entstehende Finanzierungslücke soll zum Teil durch neue Mittel und zum Teil durch Einsparungen und Umschichtungen bei bestehenden Programmen geschlossen werden.

Die Vorschläge der Kommission kombinieren neue Instrumente mit modernisierten Programmen und richten sich

nach 2020 aus. Die Vorschläge adressieren die wichtigsten Herausforderungen an den Haushalt der Europäischen Union mit Hilfe folgender Schlüsselemente:

- mehr Mittel für prioritäre Bereiche,
- Schutz des EU-Haushalts vor finanziellen Risiken durch einen neuen, an die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit gekoppelten Mechanismus,
- europäischer Mehrwert und Leistung als klare Schwerpunkte,
- Bürokratieabbau für die Begünstigten,
- ein Haushalt mit mehr Flexibilität und Spielraum.

Eine Erhöhung der Mittel im Rahmen des neuen langfristigen EU-Haushalts mit einem Gesamtzuwachs von insgesamt + 109 Mrd. EUR (in Preisen zu 2018) ist für die prioritären Bereiche

- **Forschung, Innovation und Digitales,**
- **Jugend,**
- **LIFE Klima und Umwelt,**
- **Migration und Grenzen,**
- **Sicherheit und Außenmaßnahmen**

vorgesehen.

Mit einer Kombination aus zusätzlichen Beiträgen und Einsparungen schlägt die Kommission einen mehrjährigen Finanzrahmen vor, der gleichzeitig die Einnahmenseite des EU-Haushalts modernisiert, in dem

- *vorhandene* Eigenmittel (Zölle, Mehrwertsteuer-Bemessungsgrundlage, BNE) *harmonisiert*,
- *neue* Eigenmittelkategorien (Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage, Emissionshandelssystem, nationaler Beitrag auf nicht wiederverwertbare Kunststoffverpackungsabfälle) *eingeführt*,
- schrittweise Rabatte *abgeschafft* (fünfjährige Auslaufregelung) und die
- Eigenmittellobergrenze *erhöht* werden.

Den Vorschlägen der Kommission zufolge könnte sich der Beitrag der neuen Eigenmittel auf durchschnittlich 22 Mrd. EUR pro Jahr belaufen, was etwa 12 % der Gesamteinnahmen des EU-Haushalts entspricht.

Die neuen Eigenmittel werden zur Finanzierung neuer im Haushaltsplan verankerter Prioritäten beitragen. Damit würden die BNE-Beiträge der Mitgliedstaaten entsprechend reduziert werden können. Damit sieht der Haushalt im Zeitraum 2021-2027 **1.279 Mrd. EUR** für Mittel für Verpflichtungen

Impressum:

Region Hannover
Stabsstelle EU-Angelegenheiten · Andreas Listing
Hildesheimer Str. 20 · 30169 Hannover
Tel.: 0511/616-23216
E-Mail: Europa@region-hannover.de

Um den Newsletter abzubestellen bzw. zu ändern senden Sie uns bitte eine E-Mail.



Region Hannover

tungen vor, was 1,114 % des Bruttonationaleinkommens der EU-27 entspricht. Von der Größenordnung her ist das real vergleichbar mit dem derzeitigen Finanzrahmen einschließlich des Europäischen Entwicklungsfonds.



Binnenmarkt, Innovation und Digitales

Die Kommission schlägt vor, für den Politikbereich Binnenmarkt, Innovation und Digitales insgesamt **187,4 Mrd. EUR** bereitzustellen. Davon sollen für **Forschung und Innovation** Mittel in Höhe von **114,8 Mrd. EUR** bereitgestellt werden, um die Investitionen in Forschung und Innovation zu erhöhen.

Dabei wird das Förderprogramm „**HorizonEurope**“ mit den Pfeilern „*Offene Wissenschaft*“, „*Globale Herausforderungen*“ und „*Offene Innovation*“ und einem Haushaltsvolumen von **97,9 Mrd. EUR** das bisher größte Förderprogramm für Forschung und Innovation sein, ergänzt um 2,4 Mrd. EUR für das Euratom-Programm für Forschung und Ausbildung. Das noch laufende Programm Horizon2020 hat ein Volumen von rund 80 Mrd. EUR.

Der neu geschaffene Fonds „**InvestEU**“ in Höhe von **15,2 Mrd. EUR** soll dazu dienen, öffentliche und private Mittel in Form von Darlehen, Garantien und Eigenkapitalinstrumenten für zusätzliche strategische Investitionen in Forschung und Entwicklung von mehr als **650 Mrd. EUR** zu mobilisieren.

Im Rahmen der reformierten **Fazilität „Connecting Europe“** wird die Union weiterhin in trans-europäische Verkehrs-, Digital- und Energienetze investieren, da die grenzübergreifende Infrastruktur das Rückgrat des Binnenmarkts bildet.

Um das derzeitige Investitionsdefizit im Digitalbereich zu füllen, schlägt die Kommission ein neues Programm „**Digitales Europa**“ vor, mit dem die Digitalisierung der europäischen Gesellschaft und Wirtschaft gestaltet und gefördert werden soll. Das neue Programm ist mit **9,2 Mrd. EUR** ausgestattet und fördert zukunftssträchtige Investitionen digitaler Technologien in allen Wirtschaftssektoren, die Digitalisierung der öffentlichen Dienste und Unternehmen sowie Schulungen zur Entwicklung digitaler Kompetenzen. Der Betrag relativiert sich jedoch deutlich, wenn man die Laufzeit von 7 Jahren und 27 Mitgliedsstaaten als potenzielle Empfänger zugrunde legt.



Regionale Entwicklung und Zusammenhalt (EFRE)

Die neue kohäsionspolitische Rahmenregelung legt den Fokus auf die folgenden fünf Investitionsziele:

1. ein **intelligenteres Europa** durch Innovation, Digitalisierung, wirtschaftlichen Wandel sowie Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen
2. ein **grünes, CO₂-freies Europa**, welches das Übereinkommen von Paris umsetzt und in die Energiewende, in erneuerbare Energien und in den Kampf gegen den Klimawandel investiert
3. ein **stärker vernetztes** Europa mit strategischen Verkehrs- und Digitalnetzen
4. ein **sozialeres** Europa, das die Europäische Säule sozialer Rechte umsetzt und hochwertige Arbeitsplätze, Bildung, Kompetenzen, soziale Inklusion und Gleichheit beim Zugang zu medizinischer Versorgung fördert
5. ein **bürgernäheres Europa** durch Unterstützung lokaler Entwicklungsstrategien (ITI, CLLD) und nachhaltiger Stadtentwicklung in der gesamten EU.

In reicheren EU-Staaten wie Deutschland müssen 85% der Mittel für die **Ziele 1 und 2** ausgegeben werden, wovon 60% dem Ziel 1 zugeordnet werden müssen. Mindestens 6 % der EFRE-Mittel müssen für Maßnahmen der nachhaltigen Stadtentwicklung durch CLLD eingesetzt werden. Insgesamt sollen **273 Mrd. EUR** im Rahmen des **Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und Zusammenhalt (EFRE)** bereitgestellt werden. Für Deutschland sind davon 17,7 Mrd. EUR vorgesehen. Das sind gegenüber der laufenden Förderperiode auf EU-Ebene und nationaler Ebene rund 10% weniger. Gleichzeitig werden die EU-Kofinanzierungssätze von derzeit 50% in stärker entwickelten Regionen (SER) auf 40% gesenkt.

Die aktuelle Fragmentierung der EU-Finanzierungsinstrumente im Bereich der Sozialpolitik soll nach dem Vorschlag der Kommission durch den neuen **Europäische Sozialfonds + (ESF+)** effektiver gestaltet und mit einer Mittelausstattung in Höhe von **101,2 Mrd. EUR** aufgewertet werden. Allerdings werden ihm die Mittel aus den bisher eigenständigen Fonds Beschäftigungsinitiative für junge Menschen (YEI), dem Europäische Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen, dem Programm für Beschäftigung und soziale Innovation (EaSI) und dem Gesundheitsprogramm zugeschlagen, so dass auch hier unter dem Strich eine Kürzung stattfinden wird.

Impressum:

Region Hannover
Stabsstelle EU-Angelegenheiten · Andreas Listing
Hildesheimer Str. 20 · 30169 Hannover
Tel.: 0511/616-23216
E-Mail: Europa@region-hannover.de

Um den Newsletter abzubestellen bzw. zu ändern senden Sie uns bitte eine E-Mail.



Region Hannover

Mit dem neuen Sozialfonds ESF+ will die EU akute Probleme wie den Fachkräftemangel, die geringe Mobilität von Arbeitskräften und Leistungsmängel in den Bildungssystemen beheben sowie neue Arbeitsformen angesichts der zunehmenden Automatisierung unterstützen.

Zusätzlich schlägt die Kommission vor, die Jugend durch ein **erweitertes Programm Erasmus+** mit einem mehr als verdoppelten Budget in Höhe von **30 Mrd. EUR** stärker in den Fokus zu rücken. Erasmus+ wird als eines der erfolgreichsten Unionsprogramme auch künftig jungen Menschen Bildungsmöglichkeiten eröffnen und Mobilität ermöglichen. Durch einen stärkeren inklusiven Ansatz sollen zudem mehr junge Menschen aus benachteiligten Verhältnissen erreicht werden.

Das bestehende Programm „EU-Freiwillige für humanitäre Hilfe“ wird in das mit **1,26 Mrd. EUR** ausgestattete **Europäische Solidaritätskorps** integriert, um Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu bieten, inner- und außerhalb Europas Freiwilligentätigkeiten nachzugehen.



Natürliche Ressourcen und Umwelt

Die Kommission schlägt eine **modernisierte Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)** vor. Von den 9 Zielen sind für Projektträger die folgenden Ziele interessant:

4. Beitrag zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel sowie zu nachhaltiger Energie;
5. Förderung der nachhaltigen Entwicklung und der effizienten Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen wie Wasser, Böden und Luft;
6. Beitrag zum Schutz der biologischen Vielfalt, Verbesserung von Ökosystemleistungen und Erhaltung von Lebensräumen und Landschaften.

Ein Querschnittsziel ist die Förderung von Wissen, Innovation und Digitalisierung in der Landwirtschaft und in ländlichen Gebieten. Grundsätzlich müssen die Mitgliedstaaten **mindestens 30 %** ihrer Mittel für die Entwicklung des ländlichen Raums für Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen aufwenden.

Der Haushalt wird mit **365 Mrd. EUR** ca. 6% weniger Mittel umfassen. 265,2 Mrd. EUR entfallen dabei auf **Direktzahlungen an Landwirte** und 78,8 Mrd. EUR auf die **Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)**.

Entsprechend dem Übereinkommen von Paris und der Verpflichtung, die Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung zu erfüllen, schlägt die Kommission vor, **generell** für die **Einbeziehung von Klimabelangen** in alle EU-Programme noch ehrgeizigere Ziele zu setzen und anzustreben, **mindestens 25%** der EU-Ausgaben zur Verwirklichung von Klimazielen zu verwenden.

Das fest etablierte Programm für Umwelt –und Klimapolitik **LIFE** wird fortgeführt, gestärkt und mit eigenen Mitteln in Höhe von **5,4 Mrd. EUR** ausgestattet. Es umfasst die zwei Hauptaktionsbereiche Umwelt- und Klimaschutz und die vier Teilprogramme

- „**Natur und Biodiversität**“ (2,15 Mrd. EUR), in dem Aktionsprojekte für die Entwicklung, Anwendung und Verbreitung von Verfahren in den Bereichen Naturschutz und biologische Vielfalt sowie „strategische Naturschutzprojekte“ unterstützt werden;
- „**Kreislaufwirtschaft und Lebensqualität**“ (1,35 Mrd. EUR), trägt dazu bei, den Übergang zur Kreislaufwirtschaft und den Schutz und die Verbesserung der Qualität von Luft und Wasser zu unterstützen;
- „**Klimaschutz und Klimaanpassung**“ (0,95 Mrd. EUR), zur Umsetzung des Rahmens für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 und Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Klimaschutzübereinkommen von Paris;
- „**Energiewende**“ (1 Mrd. EUR), mit den Schwerpunktbereichen Energieeffizienz und kleinmaßstäbliche Nutzung erneuerbarer Energien.



Migration und Grenzmanagement

Die Steuerung von Flüchtlingsströmen und Migration sind Herausforderungen, die nur auf EU-Ebene bewältigt werden können. Ein wirksamer Schutz der Außengrenzen ist die wesentliche Voraussetzung für ein effektives Migrationsmanagement. Daher schlägt die Kommission einen umfassenden Ansatz für die Migrationssteuerung und die Stärkung des Grenzschutzes an den Außengrenzen vor. Dafür soll der EU-Haushalt für das Außengrenzen-Management (21,3 Mrd. EUR), Migration und Asyl (11,3 Mrd. EUR) auf **ca. 33 Mrd. EUR** aufgestockt werden.

Impressum:

Region Hannover
Stabsstelle EU-Angelegenheiten · Andreas Listing
Hildesheimer Str. 20 · 30169 Hannover
Tel.: 0511/616-23216
E-Mail: Europa@region-hannover.de

Um den Newsletter abzubestellen bzw. zu ändern senden Sie uns bitte eine E-Mail.



Region Hannover

Ein neuer **Fonds für integriertes Grenzmanagement** in Höhe von **9,3 Mrd. EUR** wird den betroffenen Mitgliedstaaten die benötigte Unterstützung zukommen lassen. Der Fonds deckt Grenzmanagement, Visa und Ausrüstung für Zollkontrollen ab. Es soll eine gleichwertige Durchführung von Zollkontrollen an den Außengrenzen sichergestellt werden, den rechtmäßigen Handel erleichtern und so zu einer sicheren und effizienten Zollunion beitragen.

Diese Anstrengungen sollen durch eine solide und voll funktionsfähige **Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (FRONTEX)** unterstützt werden, die den Kern eines vollständig integrierten EU-Grenzmanagements bildet. Die Kommission schlägt daher vor, bis zum Ende des vom Finanzrahmen abgedeckten Zeitraums eine ständige Reserve von etwa 10 000 Grenzschutzbeamten einzurichten.

Durch den auf **10,4 Mrd. EUR** aufgestockten **Asyl- und Migrationsfonds** sollen die Mitgliedstaaten Migrationsströme effizienter bewältigen und eine gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik entwickeln.



Nachbarschaft und Welt

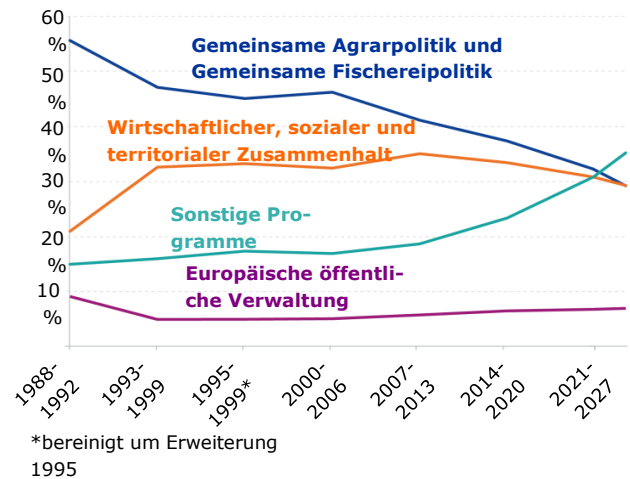
Die Kommission schlägt eine **umfassende Umgestaltung** der Instrumente des auswärtigen Handelns der Union vor. Es soll eine strategische Konzentration auf Prioritäten erfolgen und diese sowohl geografisch (**Nachbarschaftsländer, Afrika und westlicher Balkan** sowie alle fragilen Länder, die am dringendsten Hilfe benötigen) als auch thematisch ausrichten (Sicherheit, Migration, Klimawandel und Menschenrechte). Daher wird vorgeschlagen, die bisherigen Instrumente in einem breit angelegten **Instrument für Nachbarschaft, Entwicklung und internationale Zusammenarbeit** zusammenzulegen, das weltweit eingesetzt werden kann und mit **89,5 Mrd. EUR** hinterlegt ist.

Das **Instrument für Heranführungshilfe (14,5 Mrd. EUR)** wird Kandidatenländer und potenzielle Kandidaten auf ihrem Weg zur Erfüllung der Beitrittskriterien unterstützen. Es wird ferner zur Verwirklichung der umfassenderen europäischen Ziele beitragen.

So schlägt die Kommission ein gestärktes **Instrument für humanitäre Hilfe** mit einem Budget in Höhe von **11 Mrd. EUR** vor, um – wann immer nötig – zur Rettung und zum Schutz von Menschenleben EU-Hilfe bereitzustellen, menschliches Leid zu verhindern und zu lindern und die Integrität und Würde der von Naturkatastrophen und von Menschen

verursachten Katastrophen betroffenen Bevölkerungsgruppen zu wahren.

Die Grafik stellt zusammengefasst die **Entwicklung der wichtigsten Politikbereiche im EU-Haushalt** seit 1988 dar.



Quelle: Europäische Kommission

Der von der EU-Kommission vorgelegte Vorschlag muss – nach Zustimmung des Europäischen Parlaments – vom Rat der EU einstimmig beschlossen werden. Es ist das Ziel, noch vor den Wahlen zum Europäischen Parlament vom 23. bis 26. Mai 2019 zu einer Einigung zu gelangen.

Quelle: https://ec.europa.eu/commission/future-europe/eu-budget-future_de

Fördermittelratgeber

Hier lohnen sich noch EFRE- Förderanträge

Die laufende Förderperiode neigt sich dem Ende zu, die neuen Vorschläge sind schon auf dem Markt und doch gibt es noch einige gut gefüllte EFRE-Fördertöpfe. Wir verraten, wo für gute Projekte noch EU-Fördermittel vorhanden sind:

Bei dem Programm **„Verbesserung der Stadt-Umland Mobilität“** ist von den für stärker entwickelte Regionen (SER, darunter fällt auch das Regionsgebiet) in Niedersachsen bereitgestellten 14,7 Mio. EUR bisher noch nichts abgerufen worden. Auch bei der **„Energetischen Sanierung von Kultureinrichtungen“** sind bislang nur 10% der 13,6 Mio. EUR mit Projekten belegt. Etwas anders sieht es bei der Förderlinie **„Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Tourismuswirtschaft“** aus, in der von den 22 Mio. EUR rund 17,3 Mio.

Impressum:

Region Hannover
Stabsstelle EU-Angelegenheiten · Andreas Listing
Hildesheimer Str. 20 · 30169 Hannover
Tel.: 0511/616-23216
E-Mail: Europa@region-hannover.de

Um den Newsletter abzubestellen bzw. zu ändern senden Sie uns bitte eine E-Mail.



Region Hannover

EUR durch Projekte gebunden sind. Etwas Luft gibt es auch noch beim Programm „**Klimaschutz durch Moorentwicklung**“, wo bereits 14,3 Mio. EUR der insgesamt 22,2 Mio. EUR belegt sind.

Wenn Sie eine Projektidee haben, stehen wir für eine Fördermittelberatung gern zur Verfügung. Vereinbaren Sie einfach einen unverbindlichen kostenlosen Beratungstermin unter der Telefonnummer: 0511/616-23216 oder per Mail an Europa@region-hannover.de.

Nachrichten und Termine

Initiative „DiscoverEU“: Die ersten 15.000 Jugendlichen können diesen Sommer durch Europa reisen

Mit der Initiative DiscoverEU vergibt die Europäische Union diesen Sommer 15 000 Travel-Pässe. Junge Menschen ab 18 Jahren können einen Monat lang durch Europa reisen, Europas Vielfalt erleben und seinen kulturellen Reichtum genießen indem sie ein bis vier Ziele besuchen und z.B. an den vielen europaweiten Veranstaltungen im Rahmen des europäischen Jahres des kulturellen Erbes teilnehmen.

Mit einem Budget von 12 Mio. EUR ausgestattet soll jungen Menschen die Chance gegeben werden, die kulturelle Vielfalt Europas und seine Menschen kennenzulernen, um so herauszufinden, was Europa vereint.

Hauptverkehrsmittel ist der Zug, mit dem Travel-Pass kann man aber auch Busse und Fähren nutzen, in Ausnahmefällen sogar das Flugzeug. Die genauen Teilnahmebedingungen sind auf dem Europäischen Jugendportal unter https://europa.eu/youth/discovereu_de zu finden. Hier können sich Interessierte vom 12. – 26. Juni online als Einzelperson oder als Gruppe von maximal 5 Personen um die Tickets bewerben. Eine zweite Auswahlrunde wird möglicherweise auf Basis der verbliebenen Mittel und dem Feedback der Teilnehmer in diesem Sommer in der zweiten Jahreshälfte organisiert.

Tagung „Kommunen sagen Ja zu Europa – Forum für Austausch, Begegnung und Vernetzung 2018“

- SAVE THE DATE -

Die Weiterentwicklung und nachhaltige Gestaltung der grenzüberschreitenden Partnerschaftsarbeit zwischen Kommunen und Jugend-/Bildungseinrichtungen stehen im Fokus der Tagung **Kommunen sagen Ja zu Europa – Forum für Austausch, Begegnung und Vernetzung 2018** die am **1. Oktober 2018** erneut in den Räumen der Region Hannover stattfinden wird. Diese Kooperationsveranstaltung der

- Region Hannover mit der
- Nationalen Agentur Erasmus+ JUGEND IN AKTION,
- der Kontaktstelle Deutschland “Europa für Bürgerinnen und Bürger” und
- der Nationalen Agentur Bildung Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung

richtet sich an Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter kommunaler Verwaltung aus den Fachbereichen Internationales, Städtepartnerschaften sowie Akteure aus der Jugendarbeit und Bildung.

Die offizielle Einladung mit dem detaillierten Programm der Veranstaltung erfolgt gesondert.

Österreich – zu Gast bei Freunden

- SAVE THE DATE -

Seit dem Beitritt Österreichs 1995 zur EU übernimmt Österreich am 1. Juli zum dritten Mal den EU-Ratsvorsitz. Dabei versteht Österreich seine Rolle als die eines neutralen Maklers und ist bestrebt, gemäß seiner traditionellen Rolle des Brückenbauers zur Einheit in der EU beizutragen.

Das Motto der österreichischen Ratspräsidentschaft lautet **„Ein Europa, das schützt“**. Um dieses Ziel zu erreichen wählt Österreich als Zugang eine Verstärkung des Subsidiaritätsprinzips. Die Europäische Union soll sich auf die großen Fragen konzentrieren, die einer gemeinsamen Lösung bedürfen und sich in kleinen Fragen zurücknehmen, in denen die Mitgliedstaaten selbst besser entscheiden. Dadurch soll dem Motto der EU **„In Vielfalt geeint“** Rechnung getragen werden. In diesem Sinne wird der österreichische Ratsvorsitz die effektive Schutzfunktion der EU insbesondere in den Schwerpunktbereichen

- Sicherheit und Migration,
- Sicherung des Wohlstands und der Wettbewerbsfähigkeit durch Digitalisierung,
- Stabilität in der Nachbarschaft- Heranführung des Westbalkans/Südosteuropas an die EU

in den Vordergrund stellen.

Zu Ehren der Ratspräsidentschaft Österreichs findet am **02. Oktober 2018 im Haus der Region** eine gemeinsame Veranstaltung der Region Hannover und der Landeshauptstadt Hannover sowie des Europäischen Informationszentrums Niedersachsen statt, in der neben der Vorstellung der Ziele der Ratspräsidentschaft Einblicke in die moderne österreichische Kultur und Lebensart gegeben werden.

Zum Anmeldeverfahren sowie Veranstaltungsbeginn erfolgt eine gesonderte Ankündigung.

Impressum:

Region Hannover
Stabsstelle EU-Angelegenheiten · Andreas Listing
Hildesheimer Str. 20 · 30169 Hannover
Tel.: 0511/616-23216
E-Mail: Europa@region-hannover.de

Um den Newsletter abzubestellen bzw. zu ändern senden Sie uns bitte eine E-Mail.



Region Hannover